

Westfälische Zeitung.

Bielefelder Tageblatt.

Angleich Kreisblatt für die Kreise Bielefeld und Halle i. W.

1886.

Montag, 15. März

Nr. 62.

Preis des Abonnements:
vierteljährlich 2 M. praenumerando bei der Expedition, den Agenturen und den Postanstalten; einzelne Nummern 10 Pf. Die „Westfälische Zeitung“ erscheint wöchentlich und wird nach auswärts mit dem nachmittags vom Bielefelder abgehenden Zügen expediert.

Preis der Inserate:
für die einpaltige Zeile oder deren Raum für Inserenten am Platz 12 Pf., für auswärtige 15 Pf.; für Restanten 50 Pf. Inserate werden in der Expedition und bei sämtlichen Annoncen-Bureaus angenommen. Bei Aufträgen von auswärtigen wolle man eine Postkarte zur Antwort mit einlegen.

W. Geld und Industrie.

Der ungemeine Mangel an Unternehmungslust auf industriellen Gebieten, den die Ueberproduktion und die daraus folgende Preisreduktion geschaffen hat, übt auch in anderer Beziehung seinen lähmenden Einfluß aus. Da niemand Lust oder Mut hat, sein Geld in wirtschaftlichen Unternehmungen anzulegen, strömt die ganze gewaltige Kapitalmasse auf dem internationalen Geldmarkt zusammen, die Nachfrage nach Staatspapieren nimmt enorm zu und damit steigt der Wert dieser Papiere. Seit langer Zeit haben die Staatspapiere und absolut sicheren Kommunal- und anderen Papiere keinen so hohen Kursstand gehabt, wie gegenwärtig. Von fünfprozentigen Staatspapieren ist in Deutschland schon gar keine Rede mehr, der Zinsfuß ist infolge des reichlichen Geldangebots auf 4 pSt., ja 3 1/2 pSt. gesunken, und dieser Satz verringert sich noch, da die 4-prozentigen Papiere sämtlich über pari stehen. Dieser geringe Zinsfuß hat einen nicht unbedeutenden Teil des deutschen Kapitals veranlaßt, sich in fremden Werten, die höhere Zinsen bringen, zu engagieren. Aber auch in diesen fremden Ländern, namentlich in Rußland, ist man ebenfalls enttäuscht, den Geldüberfluß auszunutzen, und die Staatsanleihen zu konvertieren, d. h. den Zinsfuß herabzusetzen. In Holland, Frankreich ist dasselbe der Fall, in Berlin haben die städtischen Behörden beschloffen, für die neue große Anleihe nur 3 1/2 pSt. Zinsen zu geben, kurzum, überall sinkt der Zinsfuß stetig, und das daraus für Personen, welche sich nach langer, schwerer Arbeit ein kleines Kapital erspart haben, keine Freude erwachsen, ist selbstverständlich. Wenn früher ein Zehntausend-Thaler-Kontingent vermochte, sich leicht und recht durchzubringen, so kann davon heute keine Rede mehr sein. Die Zinsreduktion zwingt im Moment zu verdoppelter Arbeit, aber die verdoppelte Arbeit bringt bei der Geschäftslage nicht den berechtigten Gewinn.

Es ist ferner, daß sich die Klagen der Industrie gerade mit den Konvertierungen der Staatspapiere z. m. mischen. Geld ist also da, übergenug sogar, denn sonst würden die Zinsen nicht herabgesetzt werden, es fehlt aber, wie oben gesagt, der Mut, es in wirtschaftliche Unternehmungen zu stecken. Es fällt uns nicht im Traum ein, eine neue Grünberga zu beschreiben, aber es wäre gut, wenn reale Unternehmungen mehr Unterstützung von kapitalistischer Seite fänden, als es jetzt der Fall. Freilich darf nicht übersehen werden, daß mehrfach auch die Industrie nicht recht weiß, was sie anfangen soll: die Ueberproduktion wirkt eben zu gewaltig und gekettet keine rechten Ausichten auf Verdienst. Immerhin aber hindert auch Mangelhaftigkeit eine thätigkeitsvolle Unterstützung der Industrie. Nach beiden Seiten hin sind also die Zustände nicht erfreulich. Die Industrie verdient nicht viel, das Kapital ist in der gleichen Lage, hier wie da herrscht das Zufiel.

Die Flut der Ueberproduktion muß sich naturgemäß endlich verlaufen, und damit wird ein flotterer Betrieb, besserer Absatz und höhere Preise von selbst sich wieder einstellen. Das Kapital wird seinerseits die fortwährenden Konvertierungen der sicheren Papiere schließlich nicht mehr ausbilden wollen und auch nicht können, und damit darauf angewiesen sein, seine Gelder anderweitig anzulegen. Damit vermindert sich das Angebot und die natürliche Folge davon wird sein, daß die Nachfrage nach Geld und damit der Zinswert desselben wieder steigt. Vielleicht sind wir diesem Zeitpunkt näher, als wir glauben. Geht Rußland, Holland z. m. mit Konvertierungen, wie es im Plan ist, wirklich vor, so übt das einen gewaltigen Rückschlag aus und mancher Rentenbesitzer wird schließlich die Geduld verlieren und sich einen anderen Wagh für sein Kapital aussuchen. Industrie und Kapital müssen und können in realer Weise Hand in Hand gehen, dann wirkt direkt und indirekt nach jeder Seite der daraus entspringende Nutzen. Heute, wo das Gegenteil der Fall ist, erblicken wir ja die Nachteile davon. Doch, wie es im Meere eine Ebbe und Flut giebt, so giebt es diese auch im wirtschaftlichen Leben; kein noch so unbegreiflicher Zustand ist von Dauer, und das gilt auch von den heutigen Verhältnissen. Hoffen wir nur auf baldigen Wechsel.

* Bielefeld, 15. März.

Daß Fürst Bismarck auch einmal Ministerkandidat des ehemaligen Herzogs von Anhalt-Bernburg gewesen, dürfte vielleicht

nur wenigen bekannt sein. Es war, so erzählt die „Magb. Ztg.“ zu Anfang der 1850er Jahre, als die damalige Regentin dieses Landes genötigt war, sich nach einem neuen Minister umzusehen. Sie wandte sich an die preussische Regierung mit der Bitte, ihr aus dem preussischen Beamtenkreise einen oder einige qualifizierte Persönlichkeiten vorzuschlagen; dies geschah, und es wurde ihr außer einem königlichen Oberförster J. auch der damalige Deichhauptmann Otto von Bismarck zu Schönhausen in Vorschlag gebracht. — Beide Herren hatten auch die Einladung zur Vorstellung an einem bestimmten Tage angenommen. Auf der Reise passierte jedoch dem Deichhauptmann von Bismarck zwischen Halberstadt und Quedlinburg das Unglück, daß eine Wagenachse brach, durch deren Reparatur er genötigt wurde, bis zum anderen Tage in dem Orte M. zu verweilen. Dieser Umstand kam seinem Rivalen zu Gute; denn als Herr von Bismarck in Bernburg eintraf, war jenem bereits der Ministerposten zugefallen.

Ueber die gefassten Beschlüsse der kirchenpolitischen Kommission des Herrenhauses brachten wir am Sonnabend eine von unserm Korrespondenten telegraphisch übermittelte Nachricht. Die „Nat. Ztg.“ bringt nun auch den folgenden ausführlicheren Bericht: „Wir erfahren heute mit voller Bestimmtheit, daß der Ausgang derselben, welche den kirchlichen Frieden bringen sollen und bringen können, von den Verhandlungen abhängig bleibt, welche der Bischof von Rom mit der Kurie, sei es durch persönliche Erscheinung in Rom, sei es auf schriftlichem Wege zu führen hat. Trotz der Aufrechterhaltung des Geheimnisses über die Verhandlungen wird doch von allen beteiligten Seiten zugestanden, daß in der Kommission weitgehende Konzessionen gemacht sind, aber betont, daß dies in der ausdrücklichen Voraussetzung geschieht, daß nun der Papst Gegenstände macht, besonders in den zwei Punkten: der Angelegenheit der Zulassung der Vererbung an den Staat seitens solcher Geistlicher, gegen welche durch geistliche Rechtspflege auf Amtsenthebung erkannt ist. Wird in Rom in diesen beiden Punkten nicht nachgegeben, so ist an die Annahme des Gesetzesentwurfes im Landtag nicht zu denken. Dies ist die Lage, an welcher sich in den nächsten Tagen nichts ändern wird.“ Ueber die Schlussabstimmung berichtet am ausführlichsten die „Vib. Corr.“:

Die kirchenpolitische Kommission des Herrenhauses hat gestern abend in der siebenten Stunde nach fast achtstündiger Arbeit das von ihr im Einzelnen beschlossene Kirchengesetz nahezu einstimmig angenommen. Bischof Dr. Kopp enthielt sich der Abstimmung mit der Erklärung, daß er zwar mit den Beschlüssen im großen und ganzen einverstanden sei, daß er sich aber in seiner Stellung neutral verhalten müsse, bis die Beschlüsse die Billigkeit der Heiligkeit des Papstes gefunden hätten. Zwei katholische Mitglieder der Kommission, Graf Brühl und Herr von Solmayer, Antweiler sollen darauf Herrn Dr. Kopp interpelliert haben, wie sie, die keine Bischöfe seien, sich zu verhalten hätten, und Bischof Kopp ihnen geraten haben, für das Gesetz zu stimmen. Der Berichterstatter der Kommission, Herr Adams, hat sich nach Koblenz zurückbegeben, um dort den Bericht für das Plenum auszuarbeiten. Die Verlesung des Berichts wird frühestens am 20. d. M. erfolgen, so daß das Kirchengesetz auf die Tagesordnung des Herrenhauses am 23. oder 24. März gesetzt werden kann.

Ueber die Stellung des Bischof Dr. Kopp wird dem Luzerner Vaterland aus Rom geschrieben: „Herr Bischof Kopp handelt in allen rein parlamentarischen und politischen Fragen auf eigene Hand und auf eigene Verantwortlichkeit. In betreff des neuen Kirchengesetzes hat er eine doppelte Instruktion: 1. soll er die allgemeine Schulaufsicht im Herrenhause näher präzisieren, 2. soll er den Antrag betreffs der Wiedereröffnung der dreijährigen Seminare mit Garantie der kirchlichen Freiheit stellen und durchbringen. Dies ist alles. Auf den zweiten Teil der Kirchenvorlage ist der hl. Stuhl gar nicht eingegangen, da die gesamte Tendenz desselben prinzipiell als unannehmbar betrachtet wurde. Was andere kirchliche Fragen betrifft, z. B. Abänderungsanträge in betreff des Gesetzesentwurfes, so ist Monfr. Kopp von Rom die Weisung zugegangen, immer im Einverständnis mit dem ganzen Episkopat vorzugehen. Und so ist es ausgeschlossen, daß er persönliche Politik machen kann. Und es

ist andererseits dafür gesorgt, daß unter allen Umständen und in jedem Falle die geschlossene Einheit des Episkopates und des katholischen Volkes gewahrt bleibt, und daß alle Faktoren der katholischen Kirche in Preußen am Werke der Wiederherstellung des Friedens vereint arbeiten, anstatt durch innere Zwistigkeiten der Früchte eines dreizehnjährigen Kampfes verlustig zu gehen.“

Man schreibt der „Magb. Ztg.“ aus Berlin: Wenn vielfach die Behauptung ausgesprochen wird, die Reichsregierung sei entschlossen, in dem Falle der Ablehnung der beantragten Verlängerung des Sozialistengesetzes auf fünf oder auch auf zwei Jahre, den Reichstag aufzulösen, oder richtiger die Auflösung desselben im Bundesrat zu beantragen, so glauben wir allen Grund zu haben, diese Behauptung für durchaus irrtümlich zu halten. Unser Wissen denkt die Regierung nicht an Auflösung des Reichstages, da sie der Meinung sein dürfte, daß Neuwahlen zur Zeit keinen weniger regierungsfriedlichen Reichstag bringen werden als den jetzigen. Die Zusammenkunft des neuen Reichstages dürfte vielmehr ungefähr dieselbe bleiben. Die Regierung wird keinesfalls die Windhorst'schen Abwägungsanträge annehmen, dagegen im Falle der Ablehnung des ganzen Gesetzes die Verantwortlichkeit auf die betreffende Mehrheit des Reichstages schieben und ihrerseits zusehen, wie weit sie im Stande ist, auch ohne Sozialistengesetz gegenüber dem dann zu erwartenden stärkeren Anstürmen der sozialdemokratischen Flut in Preußen, Böhmen und Verammlungen die öffentliche Ordnung und den Schutz der nicht sozialdemokratisch gesinnten Staatsbürger aufrecht zu erhalten. Sollten die Thatfachen der dann folgenden Entwicklung des öffentlichen Lebens den Beweis führen, daß ohne Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie die Ordnung nicht in der erwünschten Weise überall aufrecht erhalten werden kann, so dürfte die Regierung alsdann den Zeitpunkt für gekommen erachten, vor einen neuen oder erst neu zu wählenden Reichstag mit erneuten Gesetzesvorschlägen zu treten.

Deutsches Reich.

□ Berlin, 14. März. [S. M. der Kaiser] hatte am Sonnabend den kommandierenden General Frhr. von Schlottheim, den General von Albedyll, den Fürsten Hohenlohe und den Reichsfürst Bismarck empfangen. Das Befinden des Monarchen hat sich stetig gebessert, doch legt sich der Kaiser noch Schonung auf, um zur Feier seines Geburtstages am 22. März wieder völlig genesen zu sein. Sonntag fand im Palais Familientafel statt. — Am Sonntag war das Befinden des Kaisers nach einer guten Nacht durchaus zufriedenstellend. Der Kaiser empfing verschiedene höhere Offiziere, welche zur Ausarbeitung eines neuen Kavallerie-Reglements in Berlin zusammengetreten waren. — Zu Ehren des Kaisers von Rußland fand aus Anlaß von dessen Geburtstag nachmittags bei den Majestäten ein Galadinner statt. Der Reichsfürst war durch seinen Sohn Herbert vertreten. — Sonntag Mittag trat der Kaiser beim Vorbeimarsch der Schloßwache wieder an das Fenster seines Zimmers und wurde von der Menschenmenge mit stürmischem Enthusiasmus begrüßt.

[Der Kronprinz] konferierte mit dem Reichsfürst über die Einberufung des preussischen Staatsrates.

[Ueber das Befinden des Erbprinzen von Baden] ist am Sonnabend folgendes Bulletin ausgegeben worden: Nach einer geringen Steigerung des Fiebers am gestrigen Nachmittag zeigen heute die Geleite der rechten Hand frische rheumatische Anschwellungen. Die Nacht verlief ruhig. Der Schlaf war erquickend, die Fieberwärme ist jetzt wieder gefallen. Die inneren Veränderungen beharren in einem langwierigen teilweisen Rückgang. Das Allgemeinbefinden ist befriedigend.

[Der Bischof Dr. Kopp] ist diese Nacht von Berlin abgereist, und zwar nach Fulda; der Bischof geht nicht nach Rom. Wie man hört, zieht er es vor, auf schriftlichem Wege zu unterhandeln und schriftliche Vollmachten zu erhalten. Inzwischen wird auch wohl von anderen Stellen aus lebhaft und eifrig mit der Kurie unterhandelt, um den Frieden herbeizuführen. Am 26. d. M. soll im Herrenhause die kirchenpolitische Vorlage zur zweiten Lesung gelangen.

„Jäger!“ sagte er, „das heißt meine Hausgenossen und Kriegstame: den, die vom edlen Waidwerk vermehrt mit reicher Beute heimkehren. Wir haben wenig männliche Vergnügen; hier, lieber Graf; so müssen wir mit den Freuden der Jagd im wilden Forste vorlieb nehmen, kommt laßt uns einen Abendritt machen und die Heimkehrenden begrüßen!“

Der Ritt führte die zwei tapferen Männer wieder inmitten der römischen Villen- und Palaststrassen aus Diocletian's Zeit, welche Montalto schon beim Kommen mit Ehrfurcht vor der Mächtigkeit und Kunstgröße der antiken Werke betrachtet hatte. Justiniani sah in den Trümmerresten eine Mahnung an die Vergänglichkeit aller Herrschermacht und alles Glanzes. Dann wurden die heute beladenen Jäger begrüßt, die den frohen Klang ihrer Hörner von den Thalwänden widerhallen ließen. Aber ein noch interessanteres Bild, als diese kriegerischen Waidmänner hoch zu Ross, trat plötzlich vor dem entzückten Auge Montalto's in die Erscheinung. Eine Amazonenschaar auf sinken und edlen Zelttern sprengte aus einer Thalschlucht hervor und bog in eine, aus reich belaubten hohen Bäumen bestehende Allee ein, die zum Schlosse Justiniani's führte. Die Schönheit der Reiterinnen und die Pracht, mit welcher die Pferde aufgeschritten waren, gab dieser plötzlich auftauchenden Kavalkade einen Schimmer von fast märchenhafter Poesie. Justiniani spornete sein Pferd, um die Führerin des Zuges zu erreichen, und stellte diese dem Grafen Montalto als seine Tochter vor. Niemals hatte der brave Offizier eine Schönheit von solchem Zauberreiz vorher gesehen und als er dem Zuge sich anschließen durfte, laufte Montalto mit aufmerkamen Ohren dem Gespräch Justiniani's mit der unergreiflichen Adriana. Sie kam von einem Ritt nach dem oberen Flußthal, wo die Gebirgswasser mit Heftigkeit ausgetreten waren und ein paar arme Hütten weggeschwemmt hatten. Dort hatte Adriana dem Elend eine lindende Hand geboten. Sie hatte auch mit dem Volke gesprochen über die Pilger, welche aus Palästina heimgekehrt waren, und über das Vratschiff, das man von der Höhe des alten Wartturmes an der Küste freudig gesehen hatte. Unbedeutend an sich, wurden diese Mitteilungen durch den Silberton der Stimme Adriana's, durch ihr leuchtendes Auge und die Anmut ihrer Gebärden zur ausdrucksvollen Rede für Montalto, welcher nicht satt wurde, auf sie zu hören, und des Abends, als er aus der Gesellschaft in sein Schlafgemach sich zurückzog, an sich selbst die strenge Frage richtete, ob es einem Patrioten und Krieger in so erster Stunde erlaubt sei, mit allem Ungeheim des Herzens in ein schönes Mädchen sich zu verlieben? Sein Schlaf brachte ihm bunte Träume, worin Schlachtengen-

Adriana.

Eine altvenetianische Geschichte.
Neu erzählt von Otto v. Breischwert.

[Widerrechtlicher Nachdruck wird verfolgt.]

Justiniani empfing den ausgezeichneten Gast mit der sicheren Eleganz des Auftritts, das ihn als dem einzigen Gast der Höfe und als Mitglied einer aristokratischen Körperschaft eigen geworden war. Sein Haushalt war der eines wohlbegüterten venetianischen Edlen. Einige der Offiziere, die in glänzenden Feldzügen mit ihm einst gebieten, bildeten seine Umgebung gewissermaßen seinen Hofstaat. Auch die Dienerschaft bestand meist aus allen Soldaten und man glaubte, wenn man in seinem Palast Aufnahme fand, in das Hauptquartier eines mächtigen Heerführers zu treten. Justiniani's hohe stattliche Gestalt, nicht gebeugt durch die Last der Jahre und das feurige Auge, das in seinem morialischen Angesichte blühte, unterstüßte diesen Eindruck. Fest war sein Schritt, ungeachtet des Schnees der Haare und soldatisch hink seine Bewegungen.

Montalto verlor den Aufbruch, welchen der hohe Rat von Venedig ihm erteilt hatte. Justiniani hörte sehr aufmerksam zu, gab jedoch keine Antwort, und als Montalto prüfend das Angesicht des alten Feldherrn in's Auge faßte, konnte er auf seinen Zügen nichts als den Ausdruck der vollkommensten Fassung und der unerschütterlichen stolzen Gemütsruhe finden. Ein Gefühl der Verlegenheit, gewiß mit Ehrfurcht, überkam den Abgesandten des Rats. Er kam sich vor wie ein Mann des Altertums, der ein Orakel in wichtiger Sache befragen sollte und keine Neuerung ihm zu entlocken vermochte.

Endlich bat er Justiniani geradezu um einen Bescheid. „Heute abend nicht, Graf Montalto!“ war die kurze Antwort. Nach einer Pause, und gleichsam beglühend, um seine spröde Haltung nicht Mißdeutungen auszuliefern, sagte Justiniani: „Man darf dem hohen Räte nicht die Mißachtung eines eiligen Bescheides erweisen. Ja, Herr Graf, werdet diesem Hause die Ehre nicht verweigern, Euch als Gast zu beherbergen. Bevor Ihr scheidet, erfolgt mein Entschluß!“ Montalto sah, daß jedes Sträuben gegen die Anschauung Justiniani's vergeblich wäre und so nahm er denn für sich und sein Gefolge die gebotene Gastfreundschaft an. Diefelbe wurde in fürstlicher Weise geübt. Justiniani wurde allmählich wärmer, als er mit seinem Gast

[Die Polenpetition an den Papst], welche sich gegen die Ernennung des Erzbischofs Dindar richtet, ist nach Rom überfandt und dort dem Staatssekretariat übergeben worden. Wie ein polnisches Blatt erzählt, hat der Kardinal-Staatssekretär Jacobini die Petition sehr ungünstig aufgenommen und sein tiefes Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Polen dem Papst seine ohnehin schwierige Stellung noch mehr erschweren.

[Die katholischen Vereine Deutschlands] beabsichtigen, dem Papst zu seinem 1887 stattfindenden 50jährigen Priesterjubiläum mit einer gemeinschaftlichen Glückwunschadresse zugleich ein Album, welches ein Bild des katholischen Vereinslebens darstellen soll, zu überreichen.

[Parteitag der Welfen.] Der vom Herzog von Cumberland inspirierte „Guelio“ erklärt in einer Depesche aus Gmunden, daß ein allgemeiner welfisch-legitimistischer Parteitag in Kürze bevorstehe und auf demselben auch die „braunschweigische Frage zur Sprache gebracht“ werden würde. Ort und Datum seien zwar noch nicht bekannt. Doch stehe es fest, daß die hervorragenden Parteigenossen, darunter auch mehrere französische, sich dazu einfinden würden.

[Kaisermandat.] Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht einen kaiserlichen Erlaß, in welchem bestimmt wird, daß das 15. Armeekorps (Elsass-Lothringen) große Herbstübungen, Parade, Korpsmanöver gegen einen markierten Feind und dreitägige Feldmanöver der Divisionen gegeneinander unter Zuziehung zweier Kavalleriedivisionen vor dem Kaiser abhalten soll.

[Das „Deutsche Tageblatt“] in Berlin soll, der „Berl. Börsenztg.“ zufolge, von seinem Besitzer Luchardt an ein Gothaer Geldinstitut verkauft sein. Herr Luchardt sich aber die Geschäftsleitung vorbehalten haben.

[Koloniales.] Nach einem in Hamburg eingetroffenen Telegramm erwirbt Lieutenant Anderlen für die Ostafrikanische Gesellschaft durch Verträge das Sabatagebiet zwischen der Küste und dem Kilimandscharo. Die Soldaten des Sultans von Zanzibar schossen auf die Expedition.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 13. März.

(66. Plenarsitzung.)

1 1/2 Uhr. Am Bundesrathstische von Schelling, von Burchardt. Das Haus ist mäßig besetzt.

Die zweite Beratung des vom Abg. Venzmann eingebrachten Antrages betr. die Entschädigung ungeschuldbig Verurteilter wird fortgesetzt. § 4 der Kommissionsbeschlüsse weist die Schadenersatzpflicht der Staatskasse des Bundesstaates zu, dessen Gericht das aufgehobene Urteil gesprochen hatte. Wenn das Reichsgericht in erster und letzter Instanz erkannt hatte, soll die Reichskasse ersatzpflichtig sein.

Abg. Kintelen (Zentrum) hofft, daß die nahezu einstimmige Annahme der drei ersten Paragraphen des Antrages durch den Reichstag den Bundesrat veranlassen werde, nun auch seinerseits zuzustimmen. § 4 wird in der Kommissionsfassung angenommen. §§ 5 und 6 verweisen die Entscheidungen über den Ersatzanspruch an die Zivilkammern des Landgerichts, vor welchen oder in deren Bezirk das aufgehobene Strafurteil gesprochen war.

Abg. v. Reinbaben (Freisinn.) beantragte dagegen, daß über die Anträge auf Entschädigung der Reichskasse entschieden.

Abg. Reichenberger (Zentrum) erklärt sich gegen den Antrag, sowie gegen einen Antrag des Abg. Hartmann (Fons.) wonach zur Entscheidung der Straftat dasjenige Oberlandesgericht zuständig sein soll, zu dessen Bezirk das Untersuchungsgericht gehört. Die Kommissionsanträge werden angenommen, nachdem noch Abg. Kayser (Soz.) gegen den Antrag Reinbaben gesprochen. Der mit der eben erledigten Vorlage im Zusammenhang stehende Gesetzentwurf betr. die Abänderung und Ergänzung der Vorschriften der Strafprozessordnung über die Wiederaufnahme des Verfahrens wird ohne wesentliche Debatte angenommen.

Es folgt zweite Beratung des Antrages Ausfeld (Freisinn.) betr. die Abänderung des Zolltarifs. Der Antrag Ausfeld ist durch die Verjüngung der Petitionsumlage für 2 des Zolltarifsatzes: „Unmittelbare Umfahrungen (Fässer, Flaschen, Kruten und dergl.) zollpflichtiger Flüssigkeiten bleiben vom Eingangszoll frei, wenn ihr Gewicht in das für die Verjüngung der Flüssigkeiten ermittelte Gewicht eingezeichnet ist.“ Die Kommission legt einen Gesetzentwurf vor, der dem vorstehenden Antrage im Wesentlichen entspricht und denselben im Einzelnen ausführt. Der Kommissionsentwurf bestimmt: Die Umfischung, deren Gewicht bei der Verjüngung der Ware in das der letzteren selbst mit einzurechnen ist, unterliegt, mag die Erhebung des Zolles für die Ware nach Bruttogewicht, oder nach Nettogewicht vorgeschrieben sein, einer weiteren besonderen Verjüngung nicht. Ist die Umfischung derart, daß sie als fabrik- oder handelsübliche Verpackung nicht anzuerkennen ist, und ist zugleich der auf ihr ruhende Zoll höher, als der auf der Ware selbst ruhende, so tritt, selbst wenn an sich eine Verjüngung der Ware unter Zugung des Gewichtes der Umfischung vorgeschrieben ist, Nettoverjüngung ein und auf Grund der ermittelten Gewichte sind die Umfischungen, wie die Ware gefordert mit dem für jede derselben im Tarif vorgeschriebenen Zollsatz zu verzollen.

tümmel und süßes Minneglück sonderbar abwechselten; aber der Grundton dieser Traumgebilde war ein beglückender, und Montalto erhob sich mit verjüngter Kraft, mit ruhigem, mutvollem Sinn. An's offene Fenster tretend, athmete er froh die frische Morgenluft, und blickte hinaus auf die liebende, duftige Landschaft, die, je länger man sie betrachtete, desto mehr Schönheiten dem Auge bot. Der Wohlstand einer weichen Stimme erweckte ihn aus seinen Träumereien; Adriana war es, die, unter seinen Fenstern posierend, mit ihrem Vater sprach. Er ist sich nur recht überlegt hatte, wohin er strebte, war Montalto den Beiden in der Richtung nach dem Walde durch die üppigen Blumengebüden des duftenden Parks gefolgt. Als er mit Justini und Adriana zusammentrat, war ein begeistelter Lobspruch auf die unvergleichlichen Reize der Landschaft der Gegenstand von Montalto's erster Anrede. „Diese Landschaft ist es auch“, erwiderte Justini, „welche in ihrem Morgenglanz mit der Antwort ungemein erheitert, die ich Euch gestern Abend nicht geben wollte, als schon das Dunkel auf den malerischen Höhen und lieblichen Thalgründen ruhte. Schaut um Euch, mein Freund, und sagt mir, welcher Fels oder welches Kränchen mehr Anziehungskraft hat, als diese Fülle der Natur Schönheiten, die uns hier lachend und friedlich umgibt.“

„Diese Blumen, Vater“, sagte Adriana leise, „sind keine Föhlunge; sie werden Euch nie verlassen; und diese Berge stehen als treue Wache da; nie werden sie ihren Herrn verlassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Ausführung des Kriminoglyphs in vor. Nr.:

B e r r a
1 2 3 4
F r e i l i c h
5 8 2 6 5 7 8
2 a d s
4 7 9
S o n n e i u
10 11 12 13 14 15 16 17
S i g
2 9 9 5 14
2 a d s b e n a u
6 15 16 17 12 4 13
M a d e i r a
17 4 18 2 5 3 4

W i l h e l m — A u g u s t a.

Ausführung des Logoglyphs in vor. Nr.:

S p a t — S p i t; S a t — S i t.

Werden Flüssigkeiten in zum Transport derselben eigens eingerichteten Kan- und Wasserfahrzeugen ohne anderweitige Umschließung eingeführt, so ist behufs der Verjüngung dem unmittelbaren Gewicht der Ware selbst ein der gewöhnlichen Verpackung entsprechende, vom Bundesrat festzustellende Gewichtszusatz hinzuzufügen.

Abg. Struckmann (nat.-lib.) begründet den Antrag eingehend und konstatiert dabei, daß die Kommission nicht anerkenne, daß der Bundesrat mit der Verjüngung der Petroleumfässer im Rechte gewesen.

Staatssekretär von Burchardt: Aus der Thatfache, daß man eine Aenderung des Gesetzes für nötig halte, gehe doch hervor, daß die jetzige Bestimmung mindestens zweifelhaft sei. Man könne daher dem Bundesrat nicht den Vorwurf machen, seine Befugnisse überschritten zu haben. Der Zweck der vom Bundesrat verfügten Maßregel sei gewesen, eine größere Wiederabfuhr der Petroleumfässer herbeizuführen, und dieser Zweck sei auch erreicht worden. Redner erbittet schließlich, den Antrag der Kommission abzulehnen, da er nicht Aussicht habe, angenommen zu werden.

Abg. Gerlich (Freisinn.) wendet sich im Interesse des Böttchergewerbes gegen den Antrag.

Abg. Meyer-Zenz (nat.-lib.) konstatiert, daß nach der Meinung der Mehrheit der Kommissionsmitglieder eine Aenderung des Gesetzes überflüssig war, weil die jetzigen Bestimmungen schon klar zum Ausdruck brachten, was die Kommission in ihrem Antrage ausspreche; die Kommission habe eine Aenderung des Gesetzes nur beantragt, um einen Boden der Verständigung mit dem Bundesrat zu gewinnen.

Abg. Brömmel (Freisinn.) verteidigt ebenfalls den Kommissionsbeschluss, worauf dieser gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teils des Zentrums angenommen wird.

Lehrer Gegenstand der Tagesordnung ist zweite Beratung des Antrages Ausfeld betr. die Zulassung des Rechtsweges in Zollstreitigkeiten. Die Kommission beantragt, den Bundesrat zu ersuchen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die schließliche Entscheidung der in Zollfällen auftretenden Streitigkeiten dem Rechtsweg oder dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren überläßt.

Staatssekretär v. Burchardt konstatiert, daß er sich von vornherein ablehnend zu dem Vorlage, den Rechtsweg für Zollstreitigkeiten zuzulassen, verhalten habe.

Abg. Gerlich und Dr. Loh beantragen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, behufs einheitlicher, beschleunigter Entscheidung von Zollstreitigkeiten, die Errichtung eines Reichs-Zolltarifamtes in Erwägung zu ziehen. Ohne weitere Debatte wird der Antrag Gerlich abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Nachtragetat, Berufung, Entschädigung ungeschuldbig Verurteilter — alles dritte Lesung —, Arbeiterkassenanträge.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

* Berlin, 13. März.

Abgeordnetenhause.

(40. Plenarsitzung.)

Die zweite Beratung des Kultusgesetzes wird beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen“ fortgesetzt. Abg. v. Stabrowski (Folk) erklärt, es sei ganz unbegründet, wenn behauptet werde, der polnische Klerus sei bemüht, auf die Lehrer dahin zu wirken, daß der Unterricht in deutscher Sprache nur in ganz mechanischer Weise erteilt werde. Abg. Ankerle (Freisinn.) weist darauf hin, daß nach einer Mitteilung der „Völk. Ztg.“ Herr Professor von Treitschke sich in einem Kolleg dahin geäußert habe, daß es besser sei, wenn wieder wie zur Zeit Friedrich Wilhelm I. die Volksschullehrerstellen mit Korporalen besetzt würden. Er sei wegen dieser Äußerung zur Rede gestellt, habe es aber abgelehnt, sich über dieselbe zu erklären. Er müsse gegen ein derartiges Urteil über den ehrenwerten Stand der Volksschullehrer entschieden Protest einlegen und bitte den Minister um eine Befestigung dieser Ansicht. Minister v. Gohler erwidert, daß er sich in den Streit zwischen Herrn Ankerle und Herrn Professor von Treitschke nicht einmischen habe. Die Versicherung könne er dem Vordrucker aber geben, daß auch er den Stand der Volksschullehrer sehr hochschätze. Die Abg. Witthof, v. Geyern (nat.-lib.), Scheffer (Folk) bezeichnen den Angriff des Herrn Ankerle gegen Professor von Treitschke als einen unbegründeten Eingriff in die akademische Freiheit.

Abg. Ankerle erwidert, daß ihm nichts ferner gelegen habe, als die Lehrfreiheit anzufassen. Thatfache sei, daß Herr v. Treitschke die Äußerungen über die Volksschullehrer, die ihm in den Mund gelegt seien, unwillkürlich gelassen. Dem gegenüber sei es die Pflicht der Volkswertreter gewesen, ein Wort einzulegen für den Stand der Volksschullehrer, der sicher so hoch stehe, wie der der Professoren. Ein Antrag des Abg. Lassen (Däne), die Regierung aufzufordern, daß Schullehrer-Seminare in Paderborn nach Tondern zurückzuverlegen, wird der Budgetkommission überwiesen. Beim Titel Errichtung neuer Schulleisten führt Abg. Jakob-Baumbach (Folk) Klagen über die schweren Lasten, welche die Schulbauten den Landgemeinden auferlegen. Minister v. Gohler verspricht thunlichste Berücksichtigung der besonderen Fälle. Das Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ fordert u. a. 836 120 M. für die Kunstmuseen in Berlin. Abg. Bienenbach (Zentrum) fordert eine größere Berücksichtigung der bildenden Künstler, unter denen, soweit sie nicht hervorragende Genies sind, ein Notstand herrsche. Minister v. Gohler erkennt das an und erklärt, daß er sich möglichst Mühe zur Befriedigung dieser Notlage geben werde. Die Regierung könne aber nicht allein Alles thun, auch das Publikum müsse helfen, und hier lägen die Dinge noch ziemlich im Argen. Bei Lit. 7-11 (Nationalgalerie zu Berlin 80 170 M.) bemerkt Abg. v. Meyer-Amselode dankt der Verwaltung, daß sie bemalte Skulpturen ausgeföhrt hat, aus denen man sich ein Urteil hat bilden können, er bitte aber, bemalte Statuen nicht anfertigen zu lassen. Die Kunstfreiheit der Bildhauer würde verloren gehen, wenn man die Statuen bemalen wolle und dann — denke man sich einmal die Götterstatue mit dem braunen Rock. Sehr erwünscht wäre ihm für die Nationalgalerie die Statue des Ministers Mantuffel. Die Linke werde zwar dazu schiel sehen, denn sie verabscheue Mantuffel als einen Reaktionär. Man schelte auf die Lage von Olmütz, sie hätten aber die Grundlage für die Neugestaltung Preußens geschaffen. Er wünsche also Mantuffel in der Nationalgalerie verewigt zu sehen, am besten vielleicht in Form eines Gruppenbildes der damaligen vier Minister (Heiterkeit). Dagegen müßte eine Kopie des Bildes kommen, welches darstellt, wie Froben für seinen Kurfürsten auf den Schimmel steigt; auch Minister v. Mantuffel sei auf den Schimmel gestiegen. (Heiterkeit.) Darüber solle man ein Bild vom alten Wangel hängen. (Große Heiterkeit.) Das Alles mit der Ueberchrift 9. November 1848 gruppieren und darunter die Worte schreiben, mit denen Wangel die Bürgerwehr verabschiedete: „Iret es und dann — versteht! Sie mir!“ (Stürmische Heiterkeit.) Der Titel wird bewilligt, ebenso der königliche Bibliothek in Berlin. Hierauf verläßt sich das Haus auf Montag (11 Uhr. (Kultusetat.)

Parlamentarisches.

* Berlin, 13. März.

Die Anbiedelungskommission des Abgeordnetenhauses hat gestern die erste Lesung der Vorlage beendet. Die Kommission diskutierte die §§ 6 und 7 der Vorlage und nahm konfessionelle Majorität abändernden Fassungen an: § 6. Dem Landtage ist jährlich über die Ausführung dieses Gesetzes, in Sonderheit die erfolgten Anläufe und Verkäufe, die Anbiedelungen oder deren Vorben, die Verwaltung der angekauften Güter Rechenschaft zu geben. Demnach ist über die gesamten Einnahmen und Ausgaben des bescheidenen Vorschusses Rechnung zu legen. Ueber den § 7, welcher den Landtag in der Immediat-Kommission handelt, ist in der gestrigen Sitzung eine Einigung nicht erzielt worden. Es wurde jedoch nach dem Antrage der Majorität dem § 7 folgendes Alinea hinzugefügt: „Die persönlichen und sachlichen Verworfungsangaben sind aus dem

im § 1 genannten Fonds zu bestreiten. Dieselben sind nach Maßgabe der durch königliche Verwaltung getroffenen Einrichtungen vom 1. April 1887 ab jährlich in den Staatshaushalt einzustellen.“

Die Reichstagskommission für den Antrag Kintelen, betr. die Wahlbeeinflussungen, hat heute die erste Lesung beendet und folgende, vom Abg. Vetscha (Centr.) beantragte Fassung angenommen: „Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Beschuldigung mit einer strafbaren Handlung oder mit Nachteilen für Leben, Gesundheit, Freiheit, Ehre oder Vermögen verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte nach seinem freien Willen zu wählen oder zu stimmen, wird, gleichviel ob die Drohung ausdrücklich ausgesprochen oder aus Umständen zu entnehmen, ob sie gegen den Wähler oder Stimmberechtigten selbst oder gegen einen seiner Angehörigen gerichtet ist, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Ist die angebotene Strafbare oder nachteilige Handlung zur Ausführung gebracht worden, so ist auf Gefängnis nicht unter einem Monat zu erkennen. Neben der Gefängnisstrafe kann auch auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden. Der Versuch ist strafbar.“

* England.

[Auch die englischen Seeleute] demonstrieren. Ein langer Zug von ihnen marschierte durch die Straßen, in welchen die großen Londoner Schiffsreder ihre Kontoire haben. Sie wollten damit gegen die Verwendung ausländischer Matrosen auf englischen Schiffen protestieren. Sie trugen Fahnen und Banner, welche in großen Buchstaben Sätze enthielten wie: „Wir verhungern, damit Ausländer leben mögen“, „Britische Arbeiter geopfert“ etc.

* Frankreich.

[Das französische Ministerium] hat beschlossen, in Bezug traktative Vorstellungen wegen der berechneten Verzögerung der chinesischen Kommission für die Abgrenzung des französischen Tonkin zu erheben und mit Entschiedenheit auf eine Abwicklung der Grenzfrage zu dringen.

[Um den Staatshaushaltsetat] zum Abschluss und Ausgleich zu bringen, schlägt die Regierung eine Reihe von finanziellen Maßnahmen vor. 1 Milliarde deprecipitögter Rente soll ausgegeben, die Alkoholfsteuer um 75 Millionen vermehrt, die Zinsen der Schatzbons um 1/2 Prozent herabgesetzt werden.

[Zum französischen Spionagegesetz.] Die Zustände, denen der französische Kriegsminister General Boulanger durch seinen famosen Gesetzentwurf gegen die „Spionage“ Abhilfe schaffen will, existieren, wie man der „Köln. Ztg.“ in Ergänzung und Erweiterung früherer gleichartiger Mitteilungen, aus Paris schreibt, in Wahrheit nur in der Einbildungskraft des französischen Publikums. „Der gewöhnliche Franzose, d. h. 99 vom Hundert der Bevölkerung, bildet sich in gutem Glauben und ist fest im, daß Frankreich, wie der geachtete Ausdruck sagt, „in eine Wolke deutscher Spione eingehüllt ist“, und er glaubt das, weil seine Blätter es ihm unaufhörlich vorreden; er glaubt ferner, daß man fortwährend deutsche Spione in Frankreich fängt, diese Meißelblätter aber aus Mangel eines Gesetzes nicht bestrafen, sondern höchstens über die Grenze bringen kann, und er findet es daher sehr lobenswert, daß die Regierung endlich Maßnahmen ergreift, um so undurchbaren Zuständen ein Ende zu machen.“ Von den Großthaten französischer Spione im Auslande ist natürlich mit keiner Silbe die Rede. Daß solcher Art die französischen Blätter ihre Leser absichtlich und anbauend betrügen, ist nach Ansicht der „Köln. Ztg.“ zwar nichts weniger als schön und ehrlich, aber ein großer Teil der Schuld fällt auch auf die französische Literatur, deren bodenlose Unkenntnis ausländischer Verhältnisse solche Wahnvorstellungen möglich machte. Der vortreffliche General Boulanger habe mit dem ihm für Rellame eigenen Verständnis herausgefunden, daß die öffentliche Meinung ihm die Einbringung dieses Gesetzes hoch anrechnen und ihn als Retter des Vaterlandes feiern wird; das werde geschehen — und weiter hat es seinen Zweck.

* Oesterreich-Ungarn.

[Der Wehr-Ausschuß] des österreichischen Abgeordnetenhauses hat zum Landsturmgesetz eine Resolution angenommen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, auf dem geeigneten Wege dafür zu sorgen, daß der völlerrechtliche Schutz des Landsturmes durch eine bindende internationale Vereinbarung anerkannt und sicher gestellt werde.

[Zum Stande der österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen.] Insonderheit mit Berücksichtigung der streitigen Petroleumfrage, wird dem Wiener „Freibl.“ aus Budapest vom 10. d. geschrieben, daß die ungarische Regierung die Anstellung einer Enquete beabsichtige, um mit Bezug auf den Vorschlag, welcher von österreichischer Seite gemacht worden ist, noch einige neue Kombinationen durchzuberaten. Hierauf wurde noch ein Ministerat statt, welcher über die Angelegenheit endgültig, und zwar darüber entscheiden werde, ob dieser Teil des Ausgleichs bis Ostern ins Reine gebracht werden, oder ob für den Fall des Mißlingens der Unterhandlungen der Zollvertrag gelöstigt werden soll. In den maßgebenden parlamentarischen Kreisen Budapests wäre man hingegen, so berichtet die „Pol. Corr.“, absolut überzeugt, daß die Differenz in der Petroleumfrage bald beseitigt und der Ausgleich bis Ostern perfekt werden wird.

* Rußland.

[Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland] sind von Petersburg nach Gafkina übergesiedelt.

* Schweden-Norwegen.

[Die beiden Häuser des schwedischen Reichstages] haben in gemeinschaftlicher Abstimmung den Getreidezoll mit 181 gegen 164 Stimmen abgelehnt.

* Spanien.

[Aus Madrid.] 8. März, schreibt man der „Köln. Ztg.“ wie folgt: Wo die hohe Politik schweigt, erhalten kleine Fragen hohe Wichtigkeit. Zwei Kleiderfragen beschäftigen gegenwärtig unsere Politiker. Der Herzog von Montpenier wünschte die nationale Arbeit zu begünstigen und bestellte den Brautkleider für Donna Eulalia bei einer hiesigen Firma. Der spanische Händler weiß nichts eiligeres zu thun, als spanische Kleider nach Brüssel zu liefern, daselbst ein prachtvolles Gewebe für 20 000 Fr. zu kaufen und daselbst, kaum am Ufer des Manzanarez angekommen, dem Herzog mit einer Rechnung von nicht weniger als 115 000 Fr. zu überreichen. Selbstverständlich weigert sich dieser, die unverkündete Forderung zu erfüllen. Eine andere Kleiderangelegenheit hat noch mehr politischen Anstrich: es übertrifft nämlich, daß der Justizminister Montero Rios sich noch immer keinen Ministerrock angeschafft hat; der seltsame Grund, weshalb er noch niemals bei Hofe erschienen sei, selbst nicht bei der Hochzeitsfeier der Infantin Eulalia. Demokratische Gewissenszweifel können den Mann nicht so gegen das goldgestickte Kleidungsstück einnehmen, da sich sonst demokratische Minister gegen solche Auszeichnung nicht zu sträuben pflegen und er selbst seinerzeit als Minister Don Amadeos die Uniform getragen hat. Die Gegner des Kabinetts fragen sich, ob der Iparfame Montero Rios die Schneiderrechnung scheut, weil er voraussetzt, daß er den Rock nur sehr kurze Zeit zu tragen hätte? — Es kann als sicher angenommen werden, daß der Herzog von Sevilla zur Landesverweisung begnadigt werden wird. [In der kleinen Republik Andorra], über die der Bischof von Urgal eine Art von Schutzherrschaft ausübt, ist es zu einem blutigen Krawall gekommen. Anhänger des Bischofs versuchten, einen Gefangenen, den der französische Landvogt nach Frankreich abführen lassen wollte, mit Gewalt zu befreien, wurden aber daran verhindert. Bei dem Krawall wurde eine Frau getödtet. Die französische Regierung hat einen Kommissar abgeschickt, welcher die Sachlage untersuchen soll.

* Orient.

[Die Agitationen] der kleinen russischen Partei in Bulgarien, welche dort immer noch existiert und an deren Spitze der ehemalige Ministerpräsident Zankow steht, dauern fort, richten aber nur wenig aus. Vor kurzem hat Zankow ein Rundschreiben an seine Gefolgsleute ergangen, worin er sagt, daß Bulgarien die Unabhängigkeit, die Rußland ihm erkämpft habe, wiederum verloren hätte, d

Herr Alexander sein werde.

Und 1

Dielefer gerichtsbarkeit a Delonon Eduard Badde hier als

Person Stadtschreiber Herr Gottschalk, welcher dieses Jahres 91 Jahre alt ist, Herr Sudmeyer und die Frau Wit

B. Detmold

wie schon mitgeteilt mit 17 gegen 3 treter von Detm

Schlichter und C Ablos dieses J der Stadtkommission dieses Jahres 91 Jahre alt ist, Herr Sudmeyer und die Frau Wit

Während der Stadtkommission dieses Jahres 91 Jahre alt ist, Herr Sudmeyer und die Frau Wit

Verfahren. Die behalten, nur für mit dem Namen domnach steht eine des Magistrats in

schlüsse in gemein fröhre Modus d jedes für sich abf kann eine gemein schlusfassung ber Bürgermeister ist

Male auf 6 Jahr folgt nach dieser und zwar mit B mit Ablehnung s Wegange nicht d der Städte unter 13, bei 8000 u weichen von de weit führen; die d der diesmaligen ledigung getomme den Kolonaten zu Brandstattenbeitr

Minde Mäße hiersebst her erbin seines anse die Zinsen defel Gine zu große Z offenbar verweide die Verteilung sei weiligen Verfügun bedürftigen Aa selben jährlich un raten pränumerant gebenen Minimal Veranschlagung f

Minde funde) für den den 21. März, v Turnbalde zu Her Herr Turnlehrer i eine Sitzung der i lebende Gausel in

Petersb Leberfall) eine aus dem „M. Z.“ wird von dem Go

Gamm giertentag.) An findet hier, wie und Delegiertentag statt: Sonntag-M

sonne Befestigung für den Handwer 1 1/2 Uhr gemein habe, Ostentor. im großen Saale des Delegiertentag

vordränge, von d lautet für den Ha Anzungenbewegung über Gründung e

2. Schmidt, Dort rent Herr Euler, Herr H. Möller, Herr Scheiber, H

Dortmund. für Raffenanblichkei

2. Wahl des f folgende Jahr. 3

4. Wahl der Deleg Handwertertag, v

5. Antrag auf G eventuell noch zu her dem Vorher

Nr. 27 angemelde 50 zahlende Mitg

timierte Delegierte und Stimmgere, son 25 Pfg. und

Gewpfangsomitee Zuge des ersten erkennbar. Freun dem Handwerferta

Boerde, der Waisenanstalt berichtet wurde, d welches bis auf getrennt. Es wa

Fachwerk, untere Vortrasskammern, entfallen zu sei

stellen für die R Schöler war mit E hatte man sich z

den Rauch gewer die Kinder zu ge zlegen, stürzt wies bewußt sich am seiner Nicht. D

Untlich Land

Vornberg lishn Regierung

ben sind nach Maß-
nahmen Einrichtungen vom
halt einzustellen.

Eintrag Kinteln, bet.
erle Leistung beendigt
antragte Fassung an-
walt oder durch Be-
Nachteilen für Leben,
hindert, in Ausübung
eigen Willen zu wählen
Ausdrücklich aus-
en, ob sie gegen den
einen seiner An-
ungsstraße bis zu fünf
oder nachteilige Hand-
auf Befängnis nicht
Gefängnisstrafe kann
den. Der Versuch ist

demonstrieren. Ein
achen, in welchen die
haben. Sie wollten
roßen auf englischen
d Banner, welche in
er hungern, damit
opfert" zc.

hat beschlossen, in
den Verögerung der
französischen Tonin
idelerung der Gremy

zum Abbruch und
leiche von finanziellen
ente soll ausgeben,
Zinsen der Schatz-

b.) Die Zustände,
alanger durch seinen
hülle durch seinen
will, und zu Erweiterung
breit, in Wahrsch
blissums. „Der ge-
Bevölkerung, bildet
nfreich, wie der ge-
Spione eingehüllt
n unaufhörlich vor-
deutsche Spione in
angel eines Gefechtes
bringen kann, und
endung endlich Mah-
Ende zu machen.“
Auslande ist nicht
die französischen
en, ist nach Ansicht
und ehrlieh, aber
mythische Fabelwelt,
esse solche Manöver
nger habe mit dem
ist, daß die öffent-
ches hoch anrechnen
das werde geschehen

Abgeordnetenhaus
men, durch welche
en Wege dasitz zu
turnes durch eine
und sicher gestellt

parischen Aus-
richtigkeit der
„aus Budapest
Vorschlag, welcher
einige neue Kom-
Ministerat statt,
darüber entscheidend
keine gebracht
Unterhandlungen
nachgebenden par-
en, so verliert
ferenz in der Be-
schen Offern perfekt

Rußland) sind

Reichstage)

idevoll mit 181

er „Köln. Ztg.“
eine Fragen hohe
enwardig unsere
die nationale
leier für Donna
der weiß nichts
llen, daselbst ein
asfelle, kaum an
einer Rechnung
selbstverständlich
erfüllen. Eine
nen Ansicht: es
Kios sich nach
den Grund, wes-
ist nicht bei der
Gewissenszweifel
idungsfähig ein-
Auszeichnung
Minister Don
des Kabinets
sneiderrechnung
er kurze Zeit zu
werden, daß der
werden wird.
über die der
läßt, ist es zu
hops verurteilt,
französisch ab-
n aber daran
letzt. Die fran-
der die Sade-

Frst Alexander in Zukunft weiter nichts, als ein tüchtiger Beamter
sein werde.

Aus der Provinz und Nachbarschaft.

Bielefeld, 15. März. [Schöff.] Für die Schöffengerichtssitzung am 17. d. Mts., morgens 9 Uhr, sind die Herren Defonom Edward Lüding zu Gellershagen und Kaufmann Hermann Dabbe hier als Schöff. bestimmt.

Petersburg, 13. März. [Die älteste Person] im Stadtbezirk Herford ist, nach dem „Hf. Rtbl.“, der Herr Rentner Gottschalk, welcher am 4. April 1794 geboren ist. Die demnach älteste Person ist Fräulein Rothert, geboren am 14. Januar 1795; jetzt 91 Jahre alt. Die demnach ältesten Personen sind der Landwirt Herr Sudmeyer Nr. 23 Neukälder Feldmark, geb. am 7. Okt. 1797 und die Frau Witwe Mühlensberger Meier sen. geb. am 10. April 1799.

B. Detmold, 13. März. [Die Städteordnung] ist, wie schon mitgeteilt, in der Sitzung des Landtages vom 9. d. M. mit 17 gegen 3 Stimmen angenommen; dagegen stimmten die Vertreter von Detmold, Vemgo und Lage; die Abgeordneten Grote, Schützer und Götterling. Wie verlautet, würde dieselbe schon mit Ablauf dieses Jahres zur Einführung gelangen und die Wahlen der Stadtverordneten würden nach dem neuen Wahlmodus im Laufe dieses Jahres stattfinden. Um einige von den neuen Bestimmungen, welche die jetzige Städteordnung gegen die frühere enthält, herauszugreifen, so sei zunächst die Aenderung des Wahlmodus hervorzuheben. Während früher alle Bürger ohne Rücksicht auf die Besteuerung gleiches Stimmrecht hatten, wird jetzt die wahlberechtigte Bürgerchaft in 3 Klassen geteilt, analog dem in Preußen geltenden Verfahren. Die Art der Abstimmung mit Stimmzetteln ist beibehalten, nur fällt weg, daß der Wahlzettel, wie es früher geschah, mit dem Namen des Wählenden unterschrieben wurde; die Wahl ist demnach jetzt eine geheime. — Gendert ist ferner die Abstimmung des Magistrats und der Stadtverordneten. Während früher die Beschlüsse in gemeinschaftlicher Sitzung gefaßt wurden, ändert sich der frühere Modus dahin, daß Magistrat- und Stadtverordneten-Kolleg jedes für sich abstimmt; kommt eine Einigung nicht zu Stande, so kann eine gemeinschaftliche Sitzung zur ferneren Beratung und Beschlußfassung berufen werden. — Die Pensionsfrage der Bürgermeister ist dahin geregelt, daß die Bürgermeister zum ersten Male auf 6 Jahre ohne Pensionsberechtigung gewählt wurden. Erfolgt nach dieser Zeit eine Wiederwahl, so geschieht sie auf 12 Jahre und zwar mit Pension, bei deren Normierung die ersten 6 Jahre mitzählen. Erfolgt nach Verlauf von 12 Jahren eine Wiederwahl, mit Ablehnung seitens des Gewählten, so wird Pension bei dem Weggange nicht gezahlt. — Die Zahl der Stadtverordneten wird bei Städten unter 4000 Seelen auf 12, von 4—8000 Seelen auf 13, bei 8000 und darüber auf 24 festgelegt. Auf weitere Abweichungen von der alten Städteordnung wird eingewichen, wurde zu weit führen; die hier angeführten mögen genügen. Es sind denn in der diesmaligen Sitzung des Landtages 3 wichtige Vorlagen zur Entscheidung gekommen; die Städteordnung, die Vorlage über den von den Kolonaten zu zahlenden Brantfah, und eine solche über die Brandabschätzung.

Winden, 14. März. [Die Erbschaft.] Herr Bernhard Mühe hier selbst hat, wie berichtet, die Stadtgemeinde zur Universal-erbin seines ansehnlichen Vermögens eingesetzt und anordnet, daß die Zinsen desselben zu Wohltätigkeitszwecken verwendet werden. Eine zu große Zerstückelung des Bestandes hat der Testator aber offenbar vermeiden, der Stadt auch eine bestimmte Direktive über die Verteilung seines Nachlasses geben wollen, denn in seinen letztwilligen Verfügungen ist gesagt, das Ertragnis des Kapitals sei bedürftigen Arbeitern zuzuwenden, so zwar, daß seiner der- selben jährlich unter 100 Mark erhalte, welche ihm in Vierteljahrs-raten pränumerando ausbezahlt seien. Bei Festhaltung des ange-gebenen Minimalbetrages würden jährlich immerhin ca. 40 Personen Beschäftigung finden.

Winden, 14. März. [Die nächste Vorturnerleh-
ründe] für den Minden-Ravensberger Gau findet am Sonntag,
den 21. März, von 11—1 und von 2—5 Uhr in der städtischen
Turnhalle zu Herford statt. Die Leitung übernimmt der altbewährte
Herr Turnlehrer Müller-Bielefeld. An die Übungen schließt sich
eine Sitzung der Vorturnerschaft, welche in Rücksicht auf das bevor-
stehende Gaufest in Lubbeck von besonderem Interesse ist.

Petersburg, 13. März. [Die Nachricht von dem
Ueberfall] eines Viehhändlers durch einen Gensdarmen, welche
aus dem „M. L. R. Bl.“ aus in unser Blatt übergegangen ist,
wird von dem Corrip. der „M. L. Ztg.“ widerrufen.

Hamm in Westf., 11. März. [Handwerker- und Dele-
giertentag.] Am Sonntag den 28. und Montag den 29. März er-
findet hier, wie schon kurz gemeldet ist, ein großer Handwerker-
und Delegiertentag für die Provinz Westfalen mit folgendem Programm
statt: Sonntag-Morgen um 11 Uhr Begrüßung der Delegierten,
sowie Festsetzung der Geschäfts- und Ergänzung der Tagesordnung
für den Handwerkerstag im Saale des Herrn Hölte, Nordstraße. Um
1 1/2 Uhr gemeinschaftliches Mittagessen bei Moritz Reinhold, Reichs-
halle, Ostenthor. Nachmittags 4 Uhr beginnt der Handwerkerstag
im großen Saale der Reichshalle. Montag-Morgen 9 Uhr Anfang
des Delegiertentages im Lokale des Herrn Hölte, Nordstraße. — Die
Vorträge, von dem Gesamtvorstande aufgestellte Tages-Ordnung
lautet für den Handwerkerstag: 1. Referat über die Handwerker-
und Innungsvereine; Referent Herr F. Müller, Dortmund. 2. Referat
über Gründung eines Provinzial-Innungsverbandes; Referent Herr
L. Schmidt, Dortmund. 3. Referat über die Handwerkerpresse; Re-
ferent Herr Euler, Bielefeld. 4. Referat über Petitionen; Referent
Herr F. Müller, Dortmund. 5. Krantenloosenangelegenheit; Referent
Herr Schreiber, Dagen. 6. Diätenfrage; Referent Herr L. Schmidt,
Dortmund. Für den Delegiertentag: 1. Verwaltungsbericht und
Kassenabrechnung zc.; demnach Festsetzung des jährlichen Beitrages.
2. Wahl des Vorstandes und Bestimmung des Vororts für das
folgende Jahr. 3. Vorlage eines Statuts für Bezirks-Bundesämter.
4. Wahl der Delegierten zur Beschäftigung für den allgemeinen deutschen
Handwerkerstag, eventuell Beratung der hierzu erforderlichen Kosten.
5. Antrag auf Gründung eines Provinzial-Innungsverbandes. Die
eventuell noch zu stellenden Anträge müssen mindestens 14 Tage vor-
her dem Vorstehenden, Herrn F. Müller, Dortmund, Kohlfstraße
Nr. 27 angemeldet werden. Die Delegiertenkarte kostet 1 Mk., für je
zu zahlende Mitglieder muß eine Karte gelöst werden und nur legiti-
mierte Delegiertenmitglieder haben auf dem Delegiertentage Zutritt
und Stimmrecht. Das Entree für den Handwerkerstag kostet 4 Per-
son 25 Pfg. und hat jeder selbständige Handwerker Zutritt. Das
Empfangscomité ist am Bahnhof Hamm bei jedem ankommenden
Zuge des ersten Tages anwesend und an Schließen im Knoploch
erkennbar. Freunde des ehrbaren Handwerkes können als Gäste auf
dem Handwerkerstage eingeführt werden.

Berlin, 13. März. [Der Brand des Knabenhauses]
der Waisenanstalt Vohr-Knoten bei Boerze, worüber bereits kurz
berichtet wurde, ist ein erschütterndes Ereignis. Das Knabenhaus,
welches bis auf die Sohle niedergebrannt ist, stand vom Hauptthore
getrennt. Es war ein altes, zweistöckiges ehemaliges Bauernhaus in
Fachwerk, unten befanden sich die Schule, Kleider-, Geräte- und
Vorratskammern, sowie die Schneiderei; in letzterer scheint das Feuer
entstanden zu sein. Ueber diesen waren in 8 Räumen die Schlaf-
stellen für die Knaben, Kuffen und Knecht. Der umfangreiche
Schüler war mit Heu, Stroh und Frucht gefüllt. Bezu Uhr abends
hatte man sich zu Bett gelegt, gegen 12 Uhr wurde ein Knabe durch
den Rauch geweckt und lief zum Aufseher, dieser sucht durch Rufen
die Kinder zu ermuntern, eilt hinaus, um die Anstaltskloze zu
gehen, stürzt wieder in das bereits in Flammen stehende Haus und
bemüht sich um die Rettung der Kinder und ward so ein Opfer
seiner Pflicht. Der Vorsteher der Anstalt mit zwei Nachbarn waren

sofort zur Stelle, aber auch längere Zeit die Eingänge, welche hül-
reiche Hand leisten konnten. Da die Treppe sofort ergriffen wurde,
mußten die Kinder sich hier mit verbrannten Haaren und Händen
zurückziehen. Nur einem Knaben gelang es, über die Treppe in's
Freie zu gelangen, alle übrigen sprangen teils aus den Fenstern,
teils mußten sie mit Leitern dort herausgeholt, ja gelacht werden,
da sich eine Anzahl in ihrer Angst in die Betten verflucht hatte
und bei dem furchtbaren Qualm in den sehr niedrigen Räumen bald
nicht mehr gefunden werden konnte. Die Unzumutbarkeit des
Hauses als Unterkommen für so viele Menschen und die große
Gefahr, welche für letztere bei einem Brande entfielen mußte, war
längst erkannt und von der Behörde festgestellt; deshalb auch, wie die
„Elf. Ztg.“ mitteilt, ein Neubau seit Jahren in Aussicht genommen,
dieser konnte aber wegen Mangels an Mitteln bis dahin nicht aus-
geführt werden. Außer dem tief zu beklagenden Verluste an Menschen-
leben büßte das Waisenhaus seine sämtlichen Wintervorräte, insb.
der für das Vieh, ein, sowie einen großen Teil der Kleider und
Schuhe der Kinder, da letztere vielfach nur mit dem Hemde bekleidet
ihre Rettung suchten; ebenso gingen sämtliche Schulutensilien verloren.

Münster, 13. März. [Handwerkerstag.] In einer
am 11. d. Mts. hier abgehaltenen Versammlung der Vorstände der
hiesigen Handwerkercorporationen ist beschloffen worden, im nächsten
Monat — vielleicht am Ostermontag — nach hier einen allgemeinen
westfälischen Handwerkerstag einzuberufen.

Belen, 11. März. [Waldbrand.] Am 11. sind in
dem zum hiesigen Kirchenfonds gehörigen Walde ca. 20 Morgen
Eichenbestand durch Feuer zerstört resp. beschädigt. Wahrscheinlich
ist das Feuer durch Unvorsichtigkeit in der Nähe des Waldes An-
weidender entzündet.

Düsseldorf, 12. März. [Oberbürgermeister Beder.]
In der letzten Sitzung der Stadtverordneten machte der Vorstehen-
de, Herr Oberbürgermeister Beder, die Mitteilung von seiner Wahl
zum Oberbürgermeister von Köln, die ohne sein Zutun erfolgt sei.
Die Annahme der Wahl sei ihm recht schwer geworden und um so
schwerer, als die Versammlung ihm die vertrauensvolle Bitte, zu
bleiben, vorgetragen habe. Er gebe am 1. Juni aus der hiesigen
Verwaltung zu scheiden, es bleibe also der Versammlung noch Zeit
zur Vorbereitung auf die Wahl seines Nachfolgers und ihm zur
Regelung seiner Angelegenheiten, damit er die Verwaltung seinem
Nachfolger geordnet überliefern könne.

Köln, 13. März. [Eine statistische Anzahl Mäven],
welche ihre heimatischen Gester verlassen hatten, um eine Rheintour
zu unternehmen, zeigte sich gestern in der Nähe unserer Stadt und
tummelte sich munter über die Wellen des ziemlich hochgehenden
Rheinstromes; sie zogen dann weiter rheinaufwärts.

Vermischtes.

Dresden, 14. März. [Der Kourierzug Jossen-
Berlin] wurde nur bis Osterwerda abgelassen, da hinter der
Station in der Nacht das Gleise auf 75 Schienenlängen durch
die Verunglückung des Güterzuges gänzlich zerstört worden ist.

Wien, 12. März. [Eine Feuersbrunst] ist heute vor-
mittags im Theater in Lemberg ausgebrochen. Dieselbe war nach-
mittags um 2 Uhr vollständig gelöscht. Das Feuer beschränkte sich
auf den Bodenraum, die Bühne blieb unversehrt. Es ist niemand
verunglückt.

[Unterschlagnung.] In Freienwalde in P. ist der Kassierer
der Vorkassier, ein Lehrer, durchgegangen. Das Defizit soll
100000 M. betragen.

Handelsnachrichten.

[Herforder Diskontobank.] Nicht 6 1/2 pSt. Dividende,
wie die „Herf. Ztg.“ unrichtigweise meldete, beschließt die Di-
rektoren der Herforder Diskontobank für das Jahr 1885 in Vor-
schlag zu bringen, sondern 6 pSt.

[Deutsche Vereinsbank.] Der Reingewinn pro 1885 stellt
sich auf 1446 761 M.; der am 15. April stattfindenden General-
versammlung wird die Verteilung einer Dividende von 6 pSt. vor-
geschlagen werden.

[Deutsche Nationalbank Bremen.] Nach dem Ge-
schäftsbericht der deutschen Nationalbank in Bremen beträgt der
Reingewinn für 1884 444 656 M., wovon 4 pSt. (1884 4 1/2 pSt.)
als Dividende ausbezahlt und der Rest von 13 028 M. vorgetragen
werden soll. Das Abschlußergebnis wurde durch einen Verlust von
30 000 M. bei einer Bremer Zahlungseinstellung sowie durch größere
Abreibungen auf den Wertpapierbestand und den Hypothek in
Weiswald (100 000 M.) nicht unwesentlich geschmälert.

[Die preussische National-Versicherungsgesell-
schaft in Stuttgart] zahlt für 1885 26 pSt. Dividende gegen
25 pSt. im Vorjahr.

[Belgische Nationalbank.] Brüssel, 13. März. Die
Nationalbank hat den Diskont von 3 auf 2 1/2 Prozent herabgesetzt.
[Konkursverordnungen.] Nachlaß der Kommerzien-
witwe Hermann Müller, Henriette geb. Lampe, Bremen; August
von der Grone, Haps; Buchwarenhandlung Susanne Schorr, Rhin-
gen; Porzellanhandlung J. B. Sufas Witwe, Nürnberg.

Staatspapiere.
Deutsche Reichsanleihe . . . 105,70
Staatsanleihe 3 1/2 % 100,90
Reichs-Weiss-Industrie-Gesellschaft.
Bochum, B. F. u. Schiff. 126,40
Bochumer Bergw.-Ges.
Dortm. Union St. Pr. 55,40
Belsenfänger Bergw. 115,25
Georg-Mar. B. St. Mt. 92,—
Gibernia 99,25

Bank- und Kreditbank-Aktien.
Barmer Bankverein . . . 99,50
Berg.-Märk. Bank . . . 118,—
Essener Kredit-Anstalt . . 101,50
Inländische Eisenbahn-Prioritäten.
Berg.-Märk. 4 1/2 % 100,—
3 1/2 % 3. Ser. Lit. A. u. B. 100,30
3 1/2 % 3. Ser. Lit. C. . . 100,30

Detmold, 13. März. Weizen pr. 50 Rilo 8,40 M., Roggen
pr. 50 Rilo 7,00 M., Mangeln pr. 50 Rilo 7,50 M., Gerste
pr. 50 Rilo 7,00 M., Hafer pr. 50 Rilo 7,00 M., Raus-
futter pr. 50 Rilo 7,50 M., Heu pr. 50 Rilo 2,40 M., Stroh
pr. 50 Rilo 2,00 M., Kartoffeln pr. 50 Rilo 2,40 M., Rind-
fleisch, bestes, pr. Rilo 1,20 M., Kalbfleisch, bestes, pr. Rilo 1,00
M., Hammelfleisch pr. Rilo 1,00 M., Schweinefleisch pr. Rilo
1,20 M., Speck, geräuchert, pr. Rilo 1,40 M., Butter pr. Rilo
1,70 M., Eier 10 Stk. 40 Pfg.

Münster, 13. März. Weizen 17,00 M., Roggen 16,50 M.,
Gerste 18,00 M., Hafer 16,50 M., Buchweizen 18,00 M., Heu
6,00 M., Stroh 4,00 M., gelbe Erbsen 26,50 M., weiße Boh-
nen 28,00 M., Rindfleisch 1,20 M., Schweinefleisch 1,20 M., Kalb-
fleisch 1,20 M., Hammelfleisch 1,20 M., Speck (geräuchert) 1,50
M., Wellenbutter 2,30 M., Fäbutter 2,20 M., Eier, 100 Stk. 6,00 M.

Osnabrück, 13. März. Weizen 15,50—16,00 M., Roggen
13,50—14,30 M., Gerste 12,00—14,00 M., Hafer 12,20—14,20
M. Alles pr. 100 Rilo.

des Amtsbezirks Dornberg pro 1886/87 liegen vom 25. März
bis incl. 4. April d. J. auf dem hiesigen Amtsbureau zur Ein-
sicht der Steuerpflichtigen offen. Reklamationen gegen die
Steuerveranlagung müssen bis Ende Mai d. J. beim Königl.
lichen Landratsamte zu Bielefeld angebracht sein. Der Ami-
mann. Bafmann.

Telegraphischer Kursbericht, mitgeteilt vom Bankhaus Jean Fränkel, Berlin SW, Kommandantenstr. 15. (Schlußkurse, 2 1/2 Uhr.) 13. März. 15. März.

Frankosen	418,50	416,—
Lombarden	—	208,00
Oesterr. Kreditaktien	508,00	507,50
Diskonto-Kommandit	217,90	223,25
Deutsche Bank	157,25	158,75
Darmstädter Bank	141,00	143,50
Westfälische Bank	109,25	109,25
Preuß. 4 1/2 % Konfols	105,50	105,50
Oesterr. Gold-Rente	93,10	93,00
Ungar. Gold-Rente	84,90	84,75
Russen v. 1884	100,10	99,90
Laurahütte	82,25	81,00
Ravensb. Spinnerei	132,90	132,00
Spinnerei Borsdorf	14,50	115,00
Russische Noten	204,40	205,25
Londoner Wechsel-Cour	20,41	—
Amsterdamer	169,65	—
Pariser	81,20	—

Weizen	pr. April-Mai	156,50	156,25
Roggen	—	137,00	136,75
Rübsl	—	43,70	43,40
Spiritus	—	37,40	37,00

Paderborn, 13. März. 100 Rilo Roggen Mt. 14,20 bis
15,00, Weizen Mt. 16,20—17,20, Gerste Mt. 13,60—14,90, Hafer
Mt. 13,00—14,00. 100 Rilo Erbsen Mt. 21,40 bis 22,80,
Bohnen 22,50—23,50 Mt., Linen 27,00—29,00 Mt., Kar-
toffeln 4,60—4,90, Stroh 3,80—4,40 M., Heu 4,60—5,10
Mt., 1/2 Rilo Rindfleisch 0,55 bis 0,60 Pfg., Schweinefleisch
0,60, Kalbfleisch 0,40—0,50, Hammelfleisch 0,60 Mt., Speck
0,70—0,80 Mt., Butter 0,80—0,90 Mt., Schaf Eier 2,40
bis 3,00 Mt.

Köln, 13. März. Weizen, hiesiger loco 17,50, fremd loco 18,00,
pr. März 17,10, pr. Mai 17,35. — Roggen loco hiesiger 14,50,
pr. März 13,60, pr. Mai 13,75. — Hafer loco 14,50.

Köln, 13. März. Rübsl loco mit Fass 24,40, pr. Mai 24,20,
Neuß, 13. März. Weizen 16,40—17,40 M., Roggen 13,70
bis 14,20 M., Gerste 13,00 M., Hafer, neuer, 14,20 M.,
Rübsl per 100 Kilo 48,00 M., gereinigtes Öl 51,00 M.

Briefkasten.

F. 100. In Breslau garnisonieren 1. und 2. Bataillon
1. Schlef. Grenadier-Regts. Nr. 10, 2. Schlef. Grenadier-Reg. Nr. 11,
1. Bat. des 4. Niederschlef. Infanterie-Reg. Nr. 51, Leib-Räuf-
Reg. (Schlef.) Nr. 1, 1. und 2. Btl. des Schlef. Feld-Art.-Regts.
Nr. 6, Schlef. Train-Bat. Nr. 6. Außerdem Militär-Ehrf.-medie.

Antwort. Auf die Anfrage eines Abonnenten in Nr. 59
der Westf. Zeitung, Bielef. Angebl.: „Wann und hat überhaupt
schon in so später Jahreszeit eine so starke Kälte geherrscht, als
in der Nacht vom 8. auf den 9. März?“ antwortet uns noch ein alter
Abonnent aus Bielef.: Im Jahre 1845, vom 12. auf den 13.
März, zeigte das Thermometer auf noch einige Grade mehr nämlich
auf — 24° R.

F. E. in G. Versteht sich, warum auch nicht?

W. M. 129. Erbpachtverhältnisse existieren heute nicht
mehr.

G. E. in G. Nein, Sie brauchen die Kosten nicht zu zahlen, weil
der Fabrikant von der festgesetzten Bedingung abgegangen ist und
Sie auch denselben nicht zur Ziehung der Tratte beauftragt haben.

Familien-Nachrichten.

Von mehreren Anwesenden aus Bielefeld, erbetene beglaubigte Familien-Nachricht:
sind in dieser Rubrik Aufnahme.
Geboren: Ein Knabe: Hr. J. Melchior (Dortmund).
Es geboren: Hr. Heinrich Diller, (Dortmund), Frau
Generalin von Reiter, geb. von Arnim, (Berlin).

Meteorologische Beobachtungen.

Bielefeld, 15. März.
Niedrigster Stand des Thermometers während der Nacht — 5° C.
Stand des Thermometers um 12 Uhr mittags 753 mm
Barometer: 753 mm

Das Barometer fällt heute ziemlich rasch und anhaltend; der
Himmel ist bei nordöstlichem Winde leicht bedeckt. Vom Süden der
näherst sich ein barometrisches Minimum. Anzeichen deuten auf einen
Witterungswechsel hin, doch ist zweifelhaft, ob eine Aenderung des
Wetters schon morgen stattfinden wird.

Neueste Nachrichten.

— R. Berlin, Montag, 15. März. (Privat-Telegramm der
Westfälischen Zeitung.) Die Kanalvorlage verlangt zur Ausführung
des Kanalbaues Dortmund-Untereims nebst Seitenkanal und Emdener
Binnenhafen, ferner zur Verbesserung der Wasser Verbindung der Oder
mit der Oderprez, in Summa 71 Millionen Mark. Der Rhein-
Emskanal wird erst in Angriff genommen werden, wenn die unent-
geltliche Abtretung des nötigen Grund und Bodens sicher gestellt
sein wird. Die Kosten sollen durch Staatsanleiheverordnungen auf-
gebracht werden.

Karlruhe, Sonntag, 14. März. (Telegramm.) Ueber das
Bestehen des Erbgroßherzogs wird bekannt gegeben, daß das Fieber
heute noch etwas geringer ist, als gestern und daß auch im übrigen
der erwünschte Verlauf der letzten Tage anhält.

Suakin, Sonntag, 14. März. (Telegramm.) Eine gestern
zum Fouragieren ausgesandte Abteilung französisch gefinnter Araber
übertraf die im Haidhthal eine feindliche Lager und erbeutete dabei
15 Kameele. Als der an Zahl überlegene Feind sich von der Ueber-
ralchung erholt hatte, trieb er die fouragierende Abteilung in der
Richtung auf Suakin zurück, von wo berittene Infanterie zur Unter-
stützung der letzteren ausrückte und den Feind angriff. Dieser zog
sich nach hartnäckigem Widerstande zurück und wurde bis in die Nähe
von Haidh verfolgt, wobei er Tote auf dem Gefechtsfelde zurückließ.
Der feindliche Verlust wird an Toten auf 30 Mann angenommen;
der Verlust der Fouragiere ist gering.

Kairo, Sonntag, 14. März. (Telegramm.) Dem Vernehmen
nach wurde Dir Drummond Wolff von Lord Roseberry angewiesen,
die Reduktion der Okkupationsarmee um 6 Regimenter, den Rückzug
der britischen Truppen nach Assuan, sowie die Beilegung Baby Hafs's
durch ägyptische Truppen vorzuschlagen und sich hierüber speziell mit
Mukhtar Pascha ins Einvernehmen zu setzen. Dieser soll Zeit zur
Erwägung dieses Vorschlages verlangen haben. Man glaubt, daß
Mukhtar Pascha eine erhebliche Verstärkung der ägyptischen Armee
verlangen werde, da dieselbe sonst Mukhtar Pascha nicht würde halten
können.

Sofia, Sonntag, 14. März. (Telegramm.) Das türkisch-
bulgarische Protokoll ist nicht genehmigt worden. Fürst Alexander
hat gegen die Begrenzung des Generalgouverneur-Mandats auf nur
fünf Jahre Einspruch erhoben.

Öffentliche Bekanntmachungen

für den
Land- und Stadtkreis Bielefeld.
Dornberg, den 13. März 1886. Die von der Königl.
lichen Regierung festgesetzten Klassensteuer-Rollen der Gemeinden

des Amtsbezirks Dornberg pro 1886/87 liegen vom 25. März
bis incl. 4. April d. J. auf dem hiesigen Amtsbureau zur Ein-
sicht der Steuerpflichtigen offen. Reklamationen gegen die
Steuerveranlagung müssen bis Ende Mai d. J. beim Königl.
lichen Landratsamte zu Bielefeld angebracht sein. Der Ami-
mann. Bafmann.

Künstliche Zähne
Zahnoperationen jeder Art.
Zahnarzt Brandenburg
Bielefeld, Oberstrasse. (1756

